

Nur ein sofortiger Paradigmenwechsel bei der Abgeltung aller Leistungen der Bauern gibt diesen in Europa noch eine Zukunftschance

Wie EU-Politik-Entscheidungen die Bauern in den Ruin treiben

Als man 1994 intensiv in Österreich die Debatte führte, ist die EU ein Segen oder ein Fluch, erschien unter den damals geltenden Spielregeln die EU als eine Option, wo man vorsichtig meinte, man könnte es aus der Sicht der Bauern auch wagen. Wobei 1994 bereits klar war: es braucht massive Anstrengungen, um die deutlichen Verluste bei den Einkommen mittels Ausgleichszahlungen zu kompensieren. Der Umstand, dass es nur eine degressive Abgeltung auf der Basis der Fläche gab, ruinierte bereits 1995 tausende bäuerliche Existenzen, vor allem im flächenmäßig kleinstrukturierten Bereich.

1

Billige Lebensmittel auf Kosten der Bauern?!

Getrieben von vielen Aussagen war eine wichtige Frage bereits 1994 die Absenkung der Erzeugerpreise in einer derart dramatischen Art und Weise, dass sich die Bauern bis heute!!! kaum mehr davon erholten.

Ein Beispiel stellvertretend für alle Sparten ist die Milch.

1994 betrug der Bauermilch Erzeugerpreis rund 54 Cent – bei konventioneller Produktion. Dann kam ein Preisabsturz bis knapp an die 30 Cent. Heute grundelt der Erzeugermilchpreis beim Bauern bei knapp 60 Cent herum. Die Produktionskosten haben sich in dieser Zeit verdoppelt bis verdreifacht. Konnte man 1994 beim Verkauf von 1 Liter Milch sich 3 Wurstsemmlen leisten, so muss man heute 4 Liter Milch für den Kauf 1 Wurstsemmlen verkaufen. Ähnlich ist das beim Dieselpreis.

Die Inflation beträgt seit dem EU-Beitritt rund 100 Prozent. Die „Ausgleichszahlungen“ sind bis heute ohne Indexanpassung. Abgesehen davon, dass man diese immer fälschlicherweise als Förderung darstellt: Die Ausgleichszahlungen gibt es, damit die Konsumenten auf der Basis von Versprechungen der Politik vor dem EU-Beitritt – es werde alles billiger, günstig (Lebensmittel) einkaufen können. Die Zeche dieser untauglichen Politik zahlen die Bauern. Und es wird Jahr für Jahr dramatischer.

Erzeugermilchpreis muss bei 1,10 Euro liegen

Wenn man kaufmännisch richtig rechnet, dann müsste der Bauernmilchpreis heute bei rund 1,10 Euro liegen. Das ist die Kostenlogik jedes Unternehmers – vom Gewerbe bis zur Industrie. Weil das die Bauern nicht tun, dürfen sie sich von Vertretern im Nadelstreifanzug aus Wirtschaft/Industrie bei öffentlichen Diskussionen um die Ohren reiben lassen, das BIP der Land- und Forstwirtschaft sei kaum beachtenswert. Mit der aktuellen kaufmännischen Praxis haben die Bauern nicht nur eine „blöde“ Nachrede von anderen Bereichen der Wirtschaft. Sie haben auch kaum Geld in der Tasche. Weil auch die eigene Vertretung dem nichts entgegengesetzt – am Ende versagt. Wieso schweigend akzeptiert wird, dass der eigene Berufsstand derart finanziell abmontiert wird, da passt fundamental etwas nicht. Die Ideenlosigkeit, die Mutlosigkeit oder ist es am Ende parteipolitische Feigheit der Bauernvertretung ist jedenfalls nicht nachvollziehbar.

Der Bauernstand steht vor dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ende

Angeichts der enorm schlechten ökonomischen Entwicklung der Bauern – oder wie dies einmal ein Agrarminister betitelte – der bäuerlichen Familienunternehmen – steht der Bauernstand vor seinem wirtschaftlichen und damit vor dem gesellschaftlichen Ende. Man nimmt zwar gerne das Wort „Unternehmer in den Mund“, aber bitte ja nicht im Sinne eines echten Unternehmertums rechnen und kalkulieren. Man bevorzugt die Formel „Pi mal Daumen“, wo am Ende vielleicht sogar Umsatz als Gewinn definiert wird...

Förderungen als Schuldenfallen

Dazu kommt: die Politik meint, man rette mit Förderungen den Bauernstand. Vielleicht meint die Politik auch, sie könne damit das eigene Gesicht wahren? Doch, so wie man die Förderungen derzeit anlegt, sind sie nahezu ausschließlich dazu geeignet, der Politik ein ruhigeres Gewissen zu bescheren. Für die Bauern sind diese Förderungen in Projekte oder Investitionen, wo sie am Ende nichts verdienen, eine reine Schuldenfalle. Wo man nichts verdient, da ist jeder Cent ein verlorener.

Die kranke EU-Agrarpolitik mit den Brüsseler/Wiener Sargnägeln

In der Einleitung ist festgehalten, dass man vorsichtig den Schritt in die EU aus der Sicht der Bauern wagen könnte. Heute muss man festhalten, das war ein kapitaler Fehler. Und zwar deshalb, weil in der EU heute Entscheidungen fallen und Vorgaben definiert/beschlossen werden, die aus der nüchternen Betrachtung heraus für den Bauernstand kriminell wie ruinös sind – sowie auch für viele andere Wirtschaftsbereiche.

Es entscheiden „ideologische Dilettanten“, „fachliche Flachwurzler“ mit „eitlen, selbstgefälligen Technokraten“. Oft unverständlicherweise unterstützt und verstärkt z.B. in Wien oder den Bundesländern. Hart formuliert muss man feststellen, die Sargnägeln gegen die Bauernexistenzen werden von Brüssel bis Wien geschlagen. Anderes sind zu viele Entscheidungen gegen die Bauern nicht erklärbar. Wäre es anders, würden nicht diese Wucht an Auflagen und sinnlosen Vorgaben, Hürden und Kontrollen über die Bauern hereinbrechen/existieren. Diese Regeln erwecken zudem den Eindruck, Bauern arbeiten nicht korrekt.

Wie uns Brüssel am Beispiel Agrarpolitik für dumm verkauft

Die wahren „Pharisäer“ sitzen (für mich) in erster Linie in Brüssel. Der Irrsinn an „kranker“ Brüsseler Politik - dargestellt an einigen aktuellen Beispielen rund um die GAP, die Handelsverträge mit der UKRAINE und MERCOSUR – zeigen ungeschminkt auf, dass da (für mich) „Spieler“ an Schrauben drehen, die ganz Europa demolieren. Und wie beim Schachspiel, will man die Bauern als erstes ruinieren. Einige Beispiele des „Betruges“ an den Bauern durch Brüssel – und ohne echte Gegenwehr der Bauernvertreter:

- **Beispiel Handelsvertrag mit der Ukraine:** Die EU beschließt ohne Rücksicht auf die Bauern EU-Handelsverträge mit der Ukraine, die bereits vor dem Krieg – Russland Ukraine – den Bauern in der EU enorme ökonomische Schwierigkeiten bereiteten. So finanzierte man mit EU-Millionen Tierfabriken z.B. zur Geflügelhaltung, die man bei uns verboten hat.
- Abgesehen von den nicht akzeptablen Standards (Haltung und Fütterung) überschwemmten diese Produkte durch gefälschte Bezeichnungen bereits zuvor den Markt mit Geflügel in der EU. Dazu kommen jetzt die schrankenlosen Getreidelieferungen aus der Ukraine, welche die Ackerbauern bei uns, in der EU, ökonomisch ins Tal der Tränen stürzten.
- **Beispiel EU-Entwaldungsverordnung:** 2024 knallt man eine sogenannte EU-Entwaldungsverordnung auf den Tisch, die auch von Österreichs Agrarminister unterschrieben wurde. Angeblich wurde diese Verordnung sogar noch nach dieser Unterschrift abgeändert (Insider Info aus Brüssel). Alle rieben sich danach „verwundert die Augen“, wie das ging. Die Entwaldungsverordnung ist wie das Renaturierungsgesetz eine glatte Enteignung von Waldbesitzern und damit von Bauern. Alle anderen Darstellungen sind der untaugliche Versuch, diesen „Unsinn“ irgendwie zu rechtfertigen.
- Die EU-Entwaldungsverordnung wurde von Brüssel auf die Reise gebracht, um die „Rodung des Regenwaldes“ zu schützen. Aber geprügelt werden die Waldbesitzer und die Holzwirtschaft hier. Also die gesamte Branche rund ums Holz. In Österreich haben wir seit Maria Theresia nicht nur das strengste Forstgesetz der Welt, wir haben auch zudem jährlich einen Zuwachs von tausenden Hektar an neuer Waldfläche. Und jetzt geißelt man alle in diesem Segment. Das ist krank. Oder bewusst gemacht? Um unsere europäische/österreichische Holzwirtschaft zu schädigen?!

- Zu dieser Entscheidung gab es seit dem Frühjahr 2024 bis jetzt viel leeres politisches Geschwätz. Aber es gibt bis heute keine Lösung. D.h. mit Jänner 2026 tritt die „Enteignung von Waldbesitzern“ in Kraft, obwohl das Problem tausende Kilometer entfernt und auf anderen Kontinenten stattfindet. Und unsere Vertreter schauen hilflos bis ohnmächtig zu. Und jetzt kommt der Oberhammer:
- **MERCOSUR** – Das von der – „in meinen Augen kriminellen“ Kommissionspräsidentin von der Leyen durchgepeitschte EU-Handelsabkommen MERCOSUR bringt jetzt genau jene Länder auf die Bühne, wo man ohne Rücksicht auf Verluste Regenwald rodet. Wo man ohne Rücksicht auf Verluste mit gentechnisch verändertem Saatgut arbeitet. Wo Pflanzenschutz und sonstige Betriebsmittel ohne Einschränkungen zugelassen sind. Und nun sollen die EU-Bauern mit diesen Erzeugnissen in Konkurrenz treten? Hier Entwaldungsverordnung mit Schikanen ohne Ende und dann Getreide- oder Fleischlieferungen ohne die gleichen Auflagen?
Was Frau van der Leyen da macht, das ist Hochverrat-Betrug an Europas Bauern. Hier alles verbieten, dann Handelsverträge abschließen, wo alles erlaubt ist und dann zu uns sagen, „wir helfen euch eh, aber wenn es nicht so ist, habt's Pech gehabt?“ Wer das zulässt, schweigend akzeptiert, der ist Mittäter. Oder: wir kämpfen in Europa mit viel Aufwand für z.B. eine eigene Eiweißproduktion – Stichwort „Donausoja“ ohne Gentechnik; wir kämpfen mit viel Aufwand und Hirnschmalz für Gentechnikfreiheit und Schutz der Ressourcen. Und dann werden Verträge abgeschlossen, die so gestaltet sind, wie wenn man als EU-Bauer direkt auf die Schlachtbank geführt wird. Alles, was man hier verbietet, ist mit MERCOSUR oder mit UKRAINE Verträgen zulässig und darf schrankenlos importiert werden. Alle dürfen auf Kosten der Bauern Gewinne machen. Das geht so nicht.
- **Brüssel, die EU-Technokraten nehmen auf die Bauern in der EU keine Rücksicht.** Die Spielregeln und Rahmenbedingungen werden seit 30 Jahren wöchentlich gegen die Bauern abgeändert, verschlechtert. Auf gut steirisch, der EU sind die europäischen Bauern egal. Dass unsere Vertretung bereits Zustimmung zu MERCOSUR & UKRAINE Deals signalisiert, ist der Gipfel an Zumutung für unsere Bauern. Der ehemalige „Agrana Chef Johann Marihart“ hat schon vor Jahren festgehalten – „MERCOSUR ist eine Lex Automobil“, das könne nicht sein. Die Bauern sollen die Gewinne der Technologie- oder Autobranche zahlen. Es ist ein perveres, dreckiges Spiel am Bauernrücken.

Auswege – Neue Wege:

Leistungsabgeltung mit Sockelbetrag – 30.000 Euro ab 20 Hektar

Wenn nichts mehr gilt, was man versprochen hat, wenn man die Budgets kürzt, die Auflagen für Importwaren auf NULL fährt und die heimischen Bauern gleichzeitig mit Auflagen niederknüpelt, gibt es nur einen Ausweg: „Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik“.

Daher gibt es konkrete Überlegungen, mittels einer klaren Leistungsabgeltung auf der Basis eines Sockelbetrages mit 30.000 Euro je Betrieb ab 20 Hektar sowie darunter 1.500 Euro je Hektar - vom ersten bis zum 19 Hektar - diesem Diktat zu entinnen. Für Erschwernisse wie Biobetrieb oder Bergbauer soll es zusätzlich jeweils 1.000 bis 1.500 Euro je Hektar geben.

- Der Sockelbetrag soll jenen Betrieben gezahlt werden, wo eine Arbeitskraft fix am Betrieb angemeldet ist – also in die Sozialversicherung der Bauern einzahlt.
- Weiters sind nachhaltige Produktionsmethoden auf der Basis einer ÖPUL ähnlichen Regelung angedacht, wobei es eine Reduktion der Verwaltung um mindestens 50% geben muss.
- Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass man ohne Tierleid, ohne Gentechnik und mit reduziertem Chemieanteil – (Pflanzenschutz, wasserlöslichen Düngern) das Auskommen findet.

Umgelegt auf die österreichischen Flächen muss man mit einem Finanzbedarf von rund 6 Mrd. Euro planen. Das Geld muss indexgebunden gezahlt werden. Finanziert soll das durch Abgaben von 10 Euro je Nächtigung und durch einen Aufschlag von 100 Euro je Flugticket in Österreich. Bei rund 150 Mio. Nächtigungen und rund 35 Mio. Flugpassagieren wäre ein Großteil des notwendigen Budgets aufgestellt, ohne dass man jedes Jahr von parteipolitischen Launen abhängig ist.

Der fehlende Rest soll von jenen finanziert werden, die bei den Handelsverträgen – auf Kosten der Landwirtschaft – die großen Nutznießer sind. Sowie vom Staat. Denn, wenn die Bauern jährlich rund 6 bis 8 Mrd. Euro investieren, fließen dem Staat durch die Mehrwertsteuer bei pauschalierten Betrieben rund 1,2 bis 1,5 Mrd. an Steuern wieder in die Staatskassen zurück. Vom Geld der Bauern profitiert dazu der gesamte ländliche Raum – also die Gewerbebetriebe und damit der Mittelstand bis hin zur Industrie. Es ist jedenfalls dringend notwendig, diese Art der Finanzierung zu denken und umzusetzen. Man sehe auch:

4

- ❖ Fürs Parken zahlt man heute 2-3 Euro oder mehr die Stunde, regt das jemanden auf?
- ❖ Man zahlt selbstverständlich Eintritt in öffentliche Museen.
- ❖ Man zahlt heute bereits dafür, wenn man nur Wasser trinkt.
- ❖ Als Unternehmer ist man verpflichtet, eine Tourismusabgabe an die Firmensitz Gemeinde zu leisten, obwohl man als Unternehmer für die Gemeinde Werbung macht und nicht umgekehrt.
- ❖ Daher kann man für eine Nächtigung auch einen Beitrag als Eintritt in unsere Natur leisten.
- ❖ Warum soll der Eintritt in die Natur – in die gepflegte, schöne Kulturlandschaft nichts kosten?
- ❖ Oder – es ist nicht einsichtig, dass Fliegen billiger ist wie Bahn- oder Busfahren. Dass man um 30 Euro in Europa herumfliegen kann oder das Fliegen gar nicht besteuert ist. Wer fliegt, kann sich diesen Hunderter sicher leisten. Er bleibt im Land und wird hier investiert.
- ❖ Und: von der Politik sind kaum oder keine Lösungen zu erwarten, diese bringt nur ständig neue Auflagen und Kosten.
- ❖ Daher muss man sich neue Modelle überlegen. Die EU Agrarpolitik GAP ist komplett gescheitert. Daher muss man neue Wege gehen. Losgelöst von der Kriegs-Rhetorik.
- ❖ Denn ein Land ohne Bauern wird verhungern!

Abschließend noch ein paar Eckdaten:

- ✓ Tourismus- und Freizeitindustrie tragen gemeinsam rund 67 Mrd. Euro zum BIP bei.
- ✓ Wenn man bedenkt, dass beide Bereiche nur erfolgreich sein können, weil es von Bauernhand gepflegte Landschaften gibt, dann können die Bauern sicher 1/3 dieser Wertschöpfung für sich in Anspruch nehmen. Das sind dann rund 20 Mrd. zuzüglich von rund 6 Mrd. Wertschöpfung für das BIP direkt aus der Land- und Forstwirtschaft, dann reden wir von rund 26 Mrd. Euro an BIP.
- ✓ Die Bauern können also aufrecht in jede Verhandlung reingehen. Es gibt ausreichend viele gute Argumente, die niemand vom Tisch wischen kann. Es muss aber getan werden.
- ✓ Auf die Politik bzw. die Lösungen aus Brüssel, die GAP braucht niemand mehr zu warten, denn dort ist die Zerstörung der Bauernhöfe Programm.

Sollten die Vorschläge nicht angenommen werden, dann haben die Bauern noch einen Trumpf in der Hand. Nämlich die Straße. Ob sie den Mumm und den Mut noch haben, muss man abwarten. Nachdem Bauernvertreter seit dem EU-Beitritt oder vielleicht sogar seit 1986 – seit die ÖVP den Agrarminister stellt, Bauernproteste für nicht passend definiert, haben viele Bauern vergessen - verlernt, dass sie für ihre Rechte kämpfen müssen. Wenn die aktuelle Leibeigenschaft, welche die Bauern trotz Bauernbefreiung durch Kudlich 1848 wieder erleben, wenn die Bauern diese wieder loswerden wollen, gibt es zwei Wege:

- 1) Ein Bezahlmodell für alle erbrachten Leistungen der Bauern, wie im UBV Sockelbetrags Modell vorgeschlagen
- 2) Der Weg auf die Straße, um Bürgern und den „Betrügern an den Bauern“ bewusst zu machen, dass es auch noch Bauern im Land gibt und dass diese für ihre Höfe auch wieder bereit sind, zu kämpfen

Es gilt:

Nur mit einem intakten Bauernstand wird eine Gesellschaft die von Menschen verursachten Stürme wie gesellschaftspolitischen, oft mutwillig herbeigeführten Umbrüche bis Umstürze überleben.

Geld kann man nicht essen.

5



Der Autor:

Josef Joschi Kaltenegger ist ein Bergbauernsohn aus dem Oberen Murtal in der Gemeinde Fohnsdorf. Er ist Unternehmer mit Lebensmitteln. Die Bauernfrage betrachtet er als eine Herzensangelegenheit. Der Beruf Bauer ist bei aller Schwere das Beste und der Bauernstand ist trotz vieler Widersprüchlichkeiten mit das komplexeste, was geschützt, beschützt werden muss und wofür sich jede Unterstützung immer lohnt. Die bäuerlichen Arbeiten – von der harten Arbeit am Berg - wie das Handmähen bis hin zur Hightech Arbeit am Acker – sind die mit am spannendsten – geprägt von Knowhow, Verantwortung und dem Denken an das Morgen.